

Datenschutzerklärung für Mandanten

1. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Die gemeinsam Verantwortlichen im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen sind:

Karkossa & Keden Rechtsanwälte
Saarbrückenstraße 54
24114 Kiel
Tel. 0431 661790
Fax. 0431 6617921
E-Mail: info@karkossa-partner.de

und

Notar Dr. Martin Keden
Saarbrückenstraße 54
24114 Kiel
Tel. 0431 661790
Fax. 0431 6617921
E-Mail: keden@karkossa-partner.de

Die Pflichten aus der Datenschutz-Grundverordnung, insbesondere die Informationspflichten erfüllt die Sozietät. Auch hinsichtlich der Wahrnehmung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die Sozietät.

2. Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte der gemeinsam Verantwortlichen ist:

Corinna Bernauer
JURAPORT.SH Rechtsanwalts-GmbH & Co. KG
Eckernförder Str. 56
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 - 437 98 16
E-Mail: bernauer@juraport.sh

3. Allgemeines zur Datenverarbeitung

a) Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir erheben und verwenden personenbezogene Daten unserer Mandanten grundsätzlich nur, soweit dies zur Bearbeitung des uns erteilten Mandats erforderlich oder gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten unserer Mandanten erfolgt regelmäßig nur nach deren Einwilligung oder soweit dies zur Durchführung des Mandatsverhältnisses erforderlich ist. Eine Ausnahme gilt in solchen Fällen, in denen die Verarbeitung der Daten durch andere gesetzliche Vorschriften gestattet ist.

b) Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. a EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als Rechtsgrundlage.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unser Unternehmen unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage.

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. d DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses unseres Unternehmens oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

c) Datenlöschung und Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

4. Beratung und vorgerichtliche Tätigkeit

a) Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Bei der Annahme eines Mandats erheben wir von Ihnen Anrede, Namen, Anschrift, Kontaktdaten, ggfls. Ihr Geburtsdatum, Informationen zu dem erteilten Mandat. Je nach Fall können dabei auch besonders sensible Daten erfasst werden, wie z.B. bei Unfallsachen Gesundheitsdaten, in Ausländersachen Daten zur rassischen und ethnischen Herkunft, in Familiensachen Daten zur sexuellen Orientierung, in Arbeitsrechtssachen Daten zur Gewerkschaftszugehörigkeit, in Strafsachen Informationen zu Straftaten und strafrechtlichen Verurteilungen und gegebenenfalls auch Daten zur politischen Meinung oder religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung. Diese Daten werden dann in unserem Computersystem weiterverarbeitet.

Die Daten können von uns auch an Ihre Rechtsschutzversicherung oder an das Amtsgericht (Beratungshilfeabteilung) übermittelt werden. Im Falle einer Vertretung können wir diese Daten auch an die Gegenseite oder deren Rechtsvertretung übermitteln. Auch hierbei können die oben genannten besonders sensiblen Daten übermittelt werden, z.B. Gesundheitsdaten an den Unfallgegner in einer Unfallsache. Im Falle eines Verdachts auf Geldwäsche und bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 43 GwG können Ihre Daten von uns auch an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen übermittelt werden.

b) Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der besonders sensiblen Daten sind Art. 9 Abs. 2 lit. f DSGVO.

c) Zweck der Datenverarbeitung

Die Daten werden von uns verarbeitet, um Sie als Mandanten identifizieren zu können, um Sie angemessen beraten und vertreten zu können, um die Korrespondenz mit Ihnen führen zu können, um Deckungsschutz von Ihrer Rechtsschutzversicherung einzuholen oder für die Beantragung von Beratungshilfe die notwendigen Informationen an das Gericht übermitteln zu können und um das Vertragsverhältnis auch im Übrigen abwickeln zu können (Rechnungsstellung, Haftungsansprüche usw.).

d) Dauer der Speicherung

Die Daten werden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gelöscht. Dies gilt nicht, sofern wir die Daten aufgrund steuer- oder handelsrechtlicher Aufbewahrungs- oder Dokumentationspflichten länger speichern müssen. In diesem Fall werden die Daten nach Ablauf der entsprechend längeren Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren gelöscht. Ihr Namen,

Geburtsdatum, Anschrift sowie die betroffene Sache werden von uns zur Prüfung von Interessenkollisionen dauerhaft gespeichert.

- e) Widerspruchs und Beseitigungsmöglichkeit

Die Verarbeitung Ihrer Daten durch uns ist zur Bearbeitung des uns erteilten Auftrags zwingend erforderlich. Es besteht folglich keine Widerspruchsmöglichkeit Ihrerseits.

5. Gerichtliche Tätigkeit und Zwangsvollstreckung

- a) Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Im Falle einer gerichtlichen Tätigkeit oder Vertretung in einer Zwangsvollstreckungssache werden ebenfalls die oben unter 4. a) genannten Daten erhoben und verarbeitet. Die Daten werden hier an das Gericht und über dieses an die Gegenseite und deren Rechtsvertretung weitergegeben. Außerdem erfolgt auch hier gegebenenfalls eine Weitergabe an die Rechtsschutzversicherung. Im Rahmen der Zwangsvollstreckung können Ihre Daten an das Vollstreckungsgericht, den Gerichtsvollzieher, an Drittschuldner, an das Schuldnerverzeichnis sowie an das Kraftfahrtbundesamt, das Bundeszentralamt für Steuern und die Deutsche Rentenversicherung weitergegeben werden. Schließlich können die Daten auch an weitere Behörden, z.B. das Gewerbeamt oder an die zuständigen Ermittlungsbehörden weitergegeben werden.

- b) Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der besonders sensiblen Daten sind Art. 9 Abs. 2 lit. f) DSGVO.

- c) Zweck der Datenverarbeitung

Die Daten werden von uns verarbeitet, um Sie als Mandanten identifizieren zu können, um Sie angemessen beraten und vertreten zu können, um die Korrespondenz mit Ihnen führen zu können, um Deckungsschutz von Ihrer Rechtsschutzversicherung einzuholen und um das Vertragsverhältnis auch im Übrigen abwickeln zu können (Rechnungsstellung, Haftungsansprüche usw.). Außerdem werden die Daten verarbeitet, um das gerichtliche Verfahren für Sie führen zu können und um Sie im Zwangsvollstreckungsverfahren optimal vertreten zu können und alle hierfür erforderlichen Informationen beschaffen zu können und um gegebenenfalls weitere Maßnahmen (Gewerbeuntersagungsverfahren, Strafanzeige) einleiten zu können, um das Verfahren zum bestmöglichen Erfolg zu führen.

- d) Dauer der Speicherung

Die Daten werden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gelöscht. Dies gilt nicht, sofern wir die Daten aufgrund steuer- oder handelsrechtlicher Aufbewahrungs- oder Dokumentationspflichten länger speichern müssen. In diesem Fall werden die Daten nach Ablauf der entsprechend längeren Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren gelöscht. Ihr Namen, Geburtsdatum, Anschrift sowie die betroffene Sache werden von uns zur Prüfung von Interessenkollisionen dauerhaft gespeichert.

- e) Widerspruchs und Beseitigungsmöglichkeit

Die Verarbeitung Ihrer Daten durch uns ist zur Bearbeitung des uns erteilten Auftrags zwingend erforderlich. Es besteht folglich keine Widerspruchsmöglichkeit Ihrerseits.

6. Kommunikation

- a) Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Auch um mit Ihnen zu kommunizieren, werden Ihre Daten verarbeitet.

- a. Bei Telefonaten werden Ihre Rufnummer sowie die Verbindungsdaten in unserer Telefonanlage gespeichert.
- b. Bei der Kommunikation per Brief werden Ihr Name und Ihre Anschrift an die Post weitergegeben.
- c. Bei der Kommunikation per E-Mail werden Ihre E-Mail-Adresse sowie Verbindungsdaten an unseren E-Mail-Provider weitergegeben und von diesem gespeichert und verarbeitet. Sofern Sie über unverschlüsselte E-Mails mit uns kommunizieren, weisen wir darauf hin, dass der Inhalt von Ihrem und unserem Provider jederzeit mitgelesen werden kann. Außerdem ist auch ein unberechtigter Zugriff durch Dritte leicht möglich.

b) Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten, die im Rahmen der Kommunikation erhoben werden, sind Art. 6 Abs. 1 lit. b und Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO.

c) Zweck der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten aus Ihren Nachrichten dient der Bearbeitung der Kontaktaufnahme. Im Falle einer Kontaktaufnahme per E-Mail liegt hieran auch das erforderliche berechnete Interesse an der Verarbeitung der Daten. Die sonstigen während des Kommunikationsvorgangs verarbeiteten personenbezogenen Daten dienen dazu, einen Missbrauch des E-Mail-Servers zu verhindern und die Sicherheit unserer informationstechnischen Systeme sicherzustellen.

d) Dauer der Speicherung

Die Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind. Für die personenbezogenen Daten die per E-Mail, Post oder Telefon übermittelt wurden, ist dies dann der Fall, wenn das jeweils erteilte Mandat beendet und die oben genannten Speicherfristen abgelaufen sind.

Die während des Kommunikationsvorgangs zusätzlich erhobenen personenbezogenen Daten werden spätestens nach einer Frist von sechs Monaten gelöscht.

e) Widerspruchs- und Beseitigungsmöglichkeit

Der Nutzer hat jederzeit die Möglichkeit, der Speicherung seiner personenbezogenen Daten zu widersprechen. Der Widerspruch kann uns per Post, per E-Mail oder telefonisch übermittelt werden. Alle personenbezogenen Daten, die im Zuge der Kontaktaufnahme gespeichert wurden, werden in diesem Fall gelöscht, sofern keine gesetzliche Aufbewahrungspflicht besteht.

7. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

a) Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;

- alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

b) Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

c) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden. Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

d) Recht auf Löschung

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

e) Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

- die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO beruht und
- die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

g) Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke

derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Sie haben die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft – ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG – Ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

h) Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

i) Automatisierte Entscheidung im Einzelfall einschließlich Profiling

Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung

- für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen Ihnen und dem Verantwortlichen erforderlich ist,
- aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen der Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten oder
- mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.

Allerdings dürfen diese Entscheidungen nicht auf besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO beruhen, sofern nicht Art. 9 Abs. 2 lit. a oder g DSGVO gilt und angemessene Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen getroffen wurden.

Hinsichtlich der vorgenannten Fälle trifft der Verantwortliche angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie Ihre berechtigten Interessen zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens des Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.

j) Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.